

Ein Anwalt für gequälte Tiere

Misshandelte Tiere sollen einen Anwalt bekommen. Dies fordert die Initiative des Schweizer Tierschutzes, die gestern lanciert wurde.

BERN – Tierquälerei sollen nicht mehr ungeschoren davon kommen. Das ist das Ziel der Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere». Sie will mit einem Verfassungsartikel die Einsetzung von kantonalen Tierschutzanwälten erreichen. In Strafverfahren habe heute nämlich nur der Tierquälerei Rechte, sagte der Präsident des Schweizer Tierschutzes (STS), Heinz Lienhard. Dieser könne die Akten einsehen, werde von einem Anwalt vertreten und dürfe das Urteil anfechten. Die Tiere dagegen hätten diese Rechte nicht.

«Viel zu milde Strafen»

Hier sollen die Tierschutzanwälte Abhilfe schaffen. Sie entlasten die Behörden als Anzeigeerstanter und fördern die Rechtskenntnis von Untersuchungsbehörden und Gerichten in Tierschutzfragen. Davon erhofft sich der STS eine einheitlichere und gerechtere Strafpraxis. Auch der «Bagatellisierung von Tierschutzfällen» sollen die Anwälte entgegenwirken. Fernsehmoderatorin Lolita Morena, die sich seit Jahren für Tiere einsetzt, zählte eine ganze Reihe von Gerichtsfällen auf, bei denen Tierquälereien als Bagatelle eingestuft wurden. Es empöre sie, dass die Täter oft mit lächerlich milden Strafen oder gar straflos davonkämen.

Bisherige Erfahrungen mit Tierschutzanwälten sind laut STS durchwegs positiv. Im Kanton Zürich etwa, der schon vor über zehn Jahren einen Tierschutzanwalt eingeführt habe, sei es nicht zur Aufblähung der Strafverfahren gekommen. Der STS ist überzeugt, die 100 000 Unterschriften bis Mitte 2007 zusammenzubringen. Die Schweizer Bevölkerung sei tierfreundlich und messe dem Tierschutz einen hohen Stellenwert bei, so Lienhard. Die Initiative ist eine Reaktion auf das im Dezember von den Eidgenössischen Räten verabschiedete Tierschutzgesetz. Damals hat der STS beschlossen, die umfassendere Initiative «Tierschutz-JA!» zurückzuziehen und sich auf die Tieranwälte zu konzentrieren. (ap)



«Es ist empörend, mit welch lächerlich milden Strafen Tierquälerei davonkommen.»: STS-Präsident Heinz Lienhard und das prominente Aushängeschild der Initiative, Lolita Morena. Bild: key

«Daran verdienen vor allem die Juristen»

BERN – Bereits im letzten Juni lehnte es der Nationalrat mit 81 zu 57 Stimmen ab, die Kantone zur Anstellung von Tieranwälten zu verpflichten. «Der Vollzug des Tierschutzgesetzes ist und bleibt eine kantonale Aufgabe», sagte die Zürcherin Kathy Riklin anlässlich der Beratung des Tierschutzgesetzes. Doch die CVP-Vertreterin hat auch praktische Bedenken: «Ein Tieranwalt kann erst aktiv werden, wenn Tiere bereits misshandelt worden sind. Ausserdem verdienen an dieser Institution vor allem die Juristen.» Der Thurgauer SVP-Mann und Tieranwalt-Befürworter Alexander J. Baumann konterte: «Die Statistik zeigt klar, dass dort, wo Tiere einen Anwalt haben, Tierquälereien bis zu fünfzigmal häufiger geahndet werden als in anderen Kantonen.» Im Interesse eines echten Tierschutzes sei eine Tierschutzanwaltschaft deshalb unabdingbar. Die Zürcher SP-Nationalrätin Barbara Marty Kälin verwies auf die guten Erfahrungen in ihrem Kanton: «Der Zürcher Tieranwalt verfügt über das Recht auf Akteneinsicht, Teilnahme an parteiöffentlichen Untersuchungen und Gerichtsterminen, Erstatte von Strafanträgen, Benennen von Zeugen und Gutachtern sowie Ergreifen von Rechtsmitteln». Um den Vollzug zu verbessern, müsse der Tierschutzanwalt landesweit vorgeschrieben werden. Während Bundesrat Joseph Deiss die Einführung von Tier-

anwälten befürwortete, lehnte diese der Gesamtbundesrat ab. «Eine wirksame Wahrnehmung der Rechte der Tiere im Prozess kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden», hiess es im entsprechenden Bericht vom 21. Dezember. Zudem hegt der Bundesrat «gewisse Bedenken» hinsichtlich der Einführung einer Sonderregelung für eine bestimmte Delikt- bzw. Opferkategorie. «Mit dem gleichen Recht könnten auch andere Gruppen eine auf ihre Interessen zugeschnittene besondere Untersuchungs-, Anklage- oder Gerichtsbehörde fordern, beispielsweise zur Verfolgung und Beurteilung von Straftaten gegen Kinder oder gegen die Umwelt», argumentierte die Regierung. (hw)

anwaltschaften befürwortete, lehnte diese der Gesamtbundesrat ab. «Eine wirksame Wahrnehmung der Rechte der Tiere im Prozess kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden», hiess es im entsprechenden Bericht vom 21. Dezember. Zudem hegt der Bundesrat «gewisse Bedenken» hinsichtlich der Einführung einer Sonderregelung für eine bestimmte Delikt- bzw. Opferkategorie. «Mit dem gleichen Recht könnten auch andere Gruppen eine auf ihre Interessen zugeschnittene besondere Untersuchungs-, Anklage- oder Gerichtsbehörde fordern, beispielsweise zur Verfolgung und Beurteilung von Straftaten gegen Kinder oder gegen die Umwelt», argumentierte die Regierung. (hw)

NACHGEFRAGT BEI...



Gieri Bolliger
Rechtsanwalt für die Stiftung «Tier im Recht»

«Tiere können sich nicht verteidigen»

Wozu brauchen Tiere einen Anwalt?

Tiere können sich naturgemäss nicht wehren. Deshalb braucht es eine Institution, die sich für ihre Interessen einsetzt. Zudem hätte ein Tieranwalt auch eine präventive Wirkung. Tierquälerei gilt nicht mehr als Bagatelle, sobald juristische Konsequenzen drohen.

Die Arbeit der Kantonstierärzte reicht dazu nicht aus?

Die Kantonstierärzte leisten zwar sehr viel, aber ihre Ressourcen reichen nicht aus, um sich auch um die rechtlichen Aspekte der Tiere zu kümmern.

Was macht ein Tieranwalt?

Wenn ein Verfahren eingestellt wird, beispielsweise aus Mangel an Beweisen, ist die Geschichte für gewöhnlich abgeschlossen. Ein Tieranwalt kann den Fall wieder aufnehmen und vor weiteren Instanzen vertreten. Er tritt auch in Aktion, wenn die Strafen zu milde oder mit Freispruch ausfallen.

Könnten Sie einen konkreten Fall schildern?

Auf www.tierimrecht.org führen wir eine Datenbank, in der gegen 4000 Fälle verzeichnet sind, inklusive Strafmass. Zwei Drittel der gequälten Tiere sind Nutztiere, ein Drittel sind Heimtiere. Wobei man anmerken muss, dass Missstände in Ställen einfacher aufzudecken sind als in Privatwohnungen. Eine eingesperrte Katze kann jahrelang unentdeckt bleiben.

Wieviel Arbeit hat ein Tieranwalt?

Im Kanton Zürich, wo seit 1992 ein Tieranwalt angestellt ist, hatten wir 2005 rund 130 Straffälle. Das ergibt ein günstiges 20-Prozent-Pensum. Am Geld sollte es also nicht scheitern. | MONIKA FREUND

INKÜRZE

Weko-Direktor tritt zurück

BERN – Weko-Direktor Rolf Dähler tritt nach 13 Jahren im Amt zurück. Er wolle sich einer neuen Herausforderung stellen, teilte die Wettbewerbskommission (Weko) mit. Unter Dählers Leitung wurde das Sekretariat von weniger als zehn auf mehr als 50 Mitarbeitende ausgebaut und hat sich zu einer schlagkräftigen Untersuchungsbehörde entwickelt.

Reduzierte Strafe

BERN – Die Militärjustiz muss die Strafe gegen einen Redaktor des «Sonntags-Blicks» wegen Veröffentlichung geheimer Informationen reduzieren. Das Kassationsgericht hat gestern das Strafmass von sechs Monaten bedingt als zu hoch erachtet und das frühere Urteil aufgehoben. Dass der Redaktor bestraft wird, ist aber sicher.

Master für Verwaltung

BERN – Fünf Schweizer Universitäten bieten gemeinsam eine neue Ausbildung im Bereich öffentliche Verwaltung an. Ziel des interdisziplinären Studiums ist ein Master-Abschluss in Politik und öffentlicher Verwaltung (PMP) oder ein Doktorat. Beteiligt sind die Universitäten Bern, Genf, Neuenburg, die Universität der italienischen Schweiz und das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung in Lausanne (IDHEAP). (sda/ap)

5 368 728 Fahrzeuge

In der Schweiz sind über 5 Millionen Motorfahrzeuge immatrikuliert, davon 3,9 Millionen Personenwagen und über eine halbe Million Motorräder.

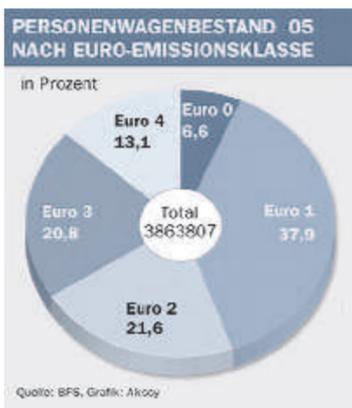
NEUENBURG – Am 30. September 2005 waren 5 368 728 Strassenfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert, davon 5 043 003 Motorfahrzeuge, der Rest Anhänger. Dies ist der gestern veröffentlichten Statistik der Strassenfahrzeuge zu entnehmen. Damit wurde erstmals bei den Motorfahrzeugen die 5-Millionen-Grenze überschritten. Die Mehrheit der Fahrzeuge erfüllt die neuen Abgasnormen.

Der Personenwagenbestand ist in 15 Jahren um 29,5 Prozent gewachsen – von knapp 3 auf 3,864 Millionen Autos, was eine mittlere jährliche Wachstumsrate von 1,7 Prozent ergibt. Bei den Motorrädern ergibt sich sogar eine mittlere jährliche Steigerung von 4,7 Prozent. 1990 gab es knapp 300 000 Motorräder, 2005 waren es 592 194. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der jährlich neu in Verkehr gesetzten Fahrzeuge allerdings zurückgegangen.

13,1 Prozent der Fahrzeuge entsprechen der jüngsten und strengsten Abgasnorm EURO 4, die Anfang

2006 in Kraft getreten ist. 20,8 Prozent erfüllen die Norm EURO 3 von 2001 und 21,6 Prozent die EURO 2 von 1996. In der Kategorie EURO 1 finden sich 37,1 Prozent der Fahrzeuge. Sie erfüllen die Schweizer Abgasnormen von 1987, d.h. die Regelungen vor der Übernahme der europäischen Normen.

Die Informationen über Partikelfilter von Dieselfahrzeugen sind erst seit Ende 2005 vollständig und konnten deshalb noch nicht in die Analyse einbezogen werden. Der Bestand der Dieselfahrzeuge hat sich seit 1990 verdreifacht. 2005 erreichte er 382 000 Fahrzeuge, was 10 Prozent des gesamten Personenwagenbestandes ausmacht. (sda)



Mehr Streit um Masoni

Im Tessin wird nach Einsicht der Geschäftsprüfenden Kommission in den Untersuchungsbericht die Teilentmachtung Masonis kontrovers beurteilt.

LUGANO – Die GPK des Kantonsparlaments konnte gestern unter Auflage der Geheimhaltung den nicht anonymisierten 123-seitigen Untersuchungsbericht über das Steueramt und die Familienstiftung Masoni einsehen. Ein Teil der Kommission beurteilte in der Folge die Teilentmachtung Masonis im Tessiner Radio als übertrieben, völlig ungerechtfertigt und übereilt. Andere Mitglieder fanden ausreichende Gründe für die Entscheidung.

FDP-Kantonpräsident Giovanni Merlini verweigerte jeglichen Kommentar dazu. Seine Partei hatte am Mittwochabend entschieden, einen Vermittlungsausschuss einzusetzen. Die kleine Kommission soll mit Masoni verhandeln mit dem Ziel, die Partei geeint aus der Krise zu führen. Die FDP Schweiz begrüsst das aktive Vorgehen, will sich aber nicht einmischen. Die FDP-Frauen solidarisierten sich mit Masoni. Ständerat Dick Marty forderte die Partei auf, den von der Regierung eingeschlagene

nen Weg weiterzugehen. Die Steuerabteilung sei für die Stimmbürger ein hochsensibles Amt. Klar hinter die Teilentmachtung hatte sich am Mittwochabend die Tessiner CVP gestellt und vor einem institutionellen Chaos gewarnt.

Masonis Schwester Giovanna, Luganeser Stadträtin, kritisierte das Vorgehen der Kantonsregierung im Namen ihrer Schwester Marina scharf. Dem stellvertretenden Regierungspräsidenten Luigi Pedrazzini (cvp) warf sie vor, den Untersuchungsbericht tendenziös präsentiert zu haben. Zuvor hatten sich bereits die Tessiner Handelskammer und der Verband der Banken hinter Masoni gestellt und gefordert, ihr die Steuerabteilung zurückzugeben.

Nach Unfall ins Spital

Masoni, die an den Folgen eines Sportunfalls leidet, wurde gestern am späten Nachmittag ins Spital nach Lugano eingeliefert. Ihr persönlicher Mitarbeiter teilte mit, der Zustand ihres Rückens habe sich verschlechtert. Ein chirurgischer Eingriff werde erwogen. Masoni war am 3. März beim Schlittschuhlaufen im Engadin gestürzt und hatte sich einen Riss in der das Rückenmark umschliessenden Membran zugezogen. Bis zu ihrer Genesung werde die Staatsrätin keinerlei Erklärungen abgeben. (ap)